

54. Sitzung des Bundesrates vom 29. August 1952.

Vorsitzender: Herr Bundespräsident Kobelt.

Abwesend: HH. Vizepräsident Etter und BR. Escher.

Schriftführer: HH. BK. Oser und VK. Weber.

Protokolle: Die Protokolle der 50., 51. und 52. Sitzung werden genehmigt.

Beginn: 09.00 Uhr.

Schluss: 11.30 Uhr.

Waffenausfuhr nach USA.

Herr Petitpierre: Besprechung mit Bührle gehabt wegen der Lieferung. Antwort USA eher negativ.

Herr Bundespräsident: Das überrascht mich nicht.

Kommission für Ueberwachung des Waffenstillstandes in Korea.

Herr Petitpierre: Delikate Sache. Wir sind in der Lage eines Landes, das in einem Kriege von einem andern Land mit der Wahrung seiner Interessen beauftragt wird unter Zustimmung der Gegenpartei, aber nicht die Vertrauensleute beider Parteien. Es ist unangenehm, der Neutrale der einen Partei zu sein. Ein Versuch, dieses Statut zu ändern, ist bei einem Ergebnis, das erst nach so langen Verhandlungen erreicht wurde, aussichtslos. Ablehnung würde zur heftigen Kritik aller andern Länder führen. Es würde heissen, neutrale Schweiz habe Auftrag zur Friedenswahrung im fernen Osten abgelehnt.

Wir werden ein aide memoire vorbereiten für beide Kriegsparteien, worin wir feststellen, dass nach der Klausel, durch die wir unsern Auftrag erhalten, von den vier neutralen Ländern je zwei nur die Vertrauensländer der einen Partei seien. Nach unserem Neutralitätsstatut könnten wir uns aber nicht als die Vertreter der einen Gruppe betrachten. Wir sollten dabei absoluten Charakter unserer Neutralität ~~unterscheiden~~.

Wir können wohl nicht gut geltend machen, dass Tschechoslowakei und Polen durch Militärkonventionen an die eine der Parteien gebunden sind. Wir müssen sie als Parteien behandeln, die neutral sind. Wir sollten den Entscheid, ob wir annehmen wollen oder nicht, auf eine Sitzung verschieben an der wir vollzählig sind.

Herr Bundespräsident: Sache heikler als im Dezember, nachdem eine Gruppe der Neutralen Nord- und die andere Südkorea vertritt. Tätigkeit der Kommission ist so eingeschränkt, dass sie praktisch wirkungslos sein wird.

Herr Rubattel: Ich habe gefragt, ob keine Aenderungen am Abkommen möglich wären. Man sagt uns, dass wir nicht neue Probleme aufwerfen dürfen, um das Erreichte nicht zu gefährden. Aufgabe wird für unsere Offiziere, die von dieser Art Krieg keine Ahnung haben, nicht zu lösen sein. Wir können erst beschliessen, wenn wir die Bedingungen des Politischen Departementes kennen.





- 2 -

Herr Feldmann: Wir können nicht "nein" sagen, dagegen scheint es mir nicht absolut klar, dass wir nur "ja" sagen können.

Es handelt sich um einen Sanktionenkrieg und einen Bürgerkrieg. Unsere Offiziere kommen in eine Situation, die sie gar nicht erkennen können.

*durchs Lawen*

Durch Delegation von Schweizer Offizieren wird unsere Armee irgendwie touchiert. Partner in der Kommission ist nicht neutral, wie soll da eine Zusammenarbeit möglich sein.

Weil Koreakrieg auch Folge von Fehlleistungen der Westmächte, die vermutlich ohne diese einen Krieg verhindert hätten, anerkenne ich keine Pflicht, ihnen aus dieser Lage herauszuhelfen.

Auch Waffenstillstandsverhandlungen eine Fiktion. Es wird nie ein ehrlicher Waffenstillstand werden.

Wir dürfen erst endgültig Stellung beziehen, wenn wir überzeugt sind, dass vitale schweizerische Interessen durch eine Zustimmung nicht verletzt werden.

Herr Weber: Befürchte, dass wir nur Schwierigkeiten haben werden. Wir können nicht einfach sagen, geht uns nichts an. Sollten wir nicht gewisse Bedingungen stellen, die uns berechtigen würden, bei Nichtannahme "nein" zu sagen, oder die bei Annahme unserer Stellung stärken würden?

Die Einladung sollte von beiden Gruppen ausgehen unter Anerkennung unseres neutralen Status.

Können wir nicht gewisse Freiheit der Kontrolle verlangen.

Wenn sich herausstellt, dass wir Kontrolle nicht durchführen können, sollten wir erklären können, dass wir von der Mission zurücktreten.

Wir sollten erklären, ohne Annahme unserer Bedingungen machen wir nicht mit.

Herr Bundespräsident: Verhältnisse sind ganz anders als damals, als wir Beschluss gefasst hatten. Damals glaubten wir, dass Kommission Einhaltung der Waffenstillstandsbedingungen kontrolliert und dass zwischen Fronten neutrale Zone geschaffen werde, die nicht verletzt werden dürfe.

Wir dürfen nicht von vorneherein "nein" sagen. Wir können gewisse Bedenken äussern und evt. gewisse Bedingungen stellen.

Herr Rubattel: Könnten wir nicht abklären, welche Möglichkeiten unsere Offiziere erhalten zur Kontrolle. Frage eines Oberschiedsrichters. Bedingungen für einen Rückzug der Offiziere bei Unlösbarkeit der Aufgabe.

#### Einladung USA Wohltätigkeitsveranstaltung.

Es wird beschlossen, die Fr. 20.- zu bezahlen, aber nicht an der Veranstaltung teilzunehmen.



Einladung der deutschen Gesandtschaft.

Herr Feldmann: Ein franz. Journalist hat mich gefragt, ob wir Adenauer zu einem Essen eingeladen hätten. Wir waren doch Gäste der deutschen Gesandtschaft. Man sollte das vielleicht der Presse bekannt geben.

Internationaler Kongress für Kirchenmusik.

Herr Etter wird gehen und den Kongress begrüßen.

Wappenscheibe Zug.

Die Bundeskanzlei wird beauftragt, die Wappenscheibe, die Zug anlässlich der Feier des "Eintrittes in den Bund vor 600 Jahren" gestiftet hat, zu verdanken.

Ministerkonferenz am 5. September.

Der Herr Bundespräsident teilt mit, dass er beabsichtige, den Ministerausflug nach Bad Ragaz anzusetzen verbunden mit einer Besichtigung der Festung Sargans und Mittagessen im Kursaal.

Tod von Herrn Oberstdivisionär Beerli.

Herr Bundespräsident teilt mit, dass gestern Herr Oberstdivisionär Beerli plötzlich gestorben ist.

Beschlüsse auf Grund schriftlicher Anträge.

Politisches Dept. Liquidation du Centre d'entraide.

Demande de Crédit pour l'achat d'un immeuble à Mexico.

Verleihung des Flaggenrechts an die Alpina. BASILEA.

Verleihung des Flaggenrechts für das Seeschiff ROMANDIE.

Verzicht auf das Flaggenrecht für die SIMPLON.

Abkommen über die deutschen Vermögenswerte.

Herr Weber: Wir haben noch weitere vorteilhafte Abkommen abgeschlossen, so über die Abgeltung der Forderungen der Eidgenossenschaft gegenüber dem Deutschen Reich. Dort haben wir von 177 Mio. 150 Mio. bekommen. Es ist gelungen, diesen Betrag auch bei den Alliierten durchzubringen. Unsere Unterhändler haben sich von den Deutschen nichts abmarkten lassen. Von der Clearingmilliarde sind 650 Mio DMark gerettet worden, ca. 60 % der Gesamtsumme. Bei Kohlenforderung haben wir Zinsen von 22 Mio miteingerechnet. Wir sollten unsern Unterhändlern den Dank aussprechen.



Herr Bundespräsident: Schriftlich?

Herr Petitpierre: Heikel da einen Brief zu schreiben, wenn Mitarbeiter Erfolg hatten. Besser Notiz für die Herren, dass BR ihnen dankt.

Herr Weber: Das Abkommen mit Deutschland wird den Räten nicht vorgelegt werden. Man kann darüber beim Postulat Jaeckle Auskunft geben und Orientieren bei der Staatsrechnung.

Herr Petitpierre: Der Presse muss man<sup>es</sup> doch mitteilen, weil es auch in Bonn behandelt wird. Die Kommissionsmitglieder sollten eine Kopie des Dokumentes erhalten.

Herr Feldmann: Ich lege Ihnen die Erklärung vor, die Dr. Rothmund am Auslandschweizertag abgeben will. Bundesrat wird nicht festgelegt, aber Rückwanderer werden doch beruhigt.

Die Botschaft über die Entschädigung der Rückwanderer kann erst im Dezember vorgelegt werden. Sie sollten aber doch im Zusammenhang mit den andern Botschaften bekannt werden.

Herr Petitpierre: Es genügt, wenn wir sie mit den andern Botschaften ankünden.

Herr Bundespräsident: Ich verstehe, dass Dr. Rothmund etwas sagen muss. Richtiger als zu erklären, dass drei Mitglieder des Bundesrates schon zugestimmt haben, ist aber sagen zu können, der Bundesrat habe das und das beschlossen. Wenn das nicht geht, soll man nur sagen, es sei der und der Antrag gestellt worden.

Herr Petitpierre: Herr Rothmund soll Erklärung abgeben im Namen des Chefs des JuP.

Herr Bundespräsident: Ich werde auf dem Rütli auf die Erklärung von Herrn Dr. Rothmund Bezug nehmen.

Justiz & Polizeidept. Kleine Anfrage Rubattel.

Militärdept. Begnadigungsgesuch Heinrichs.

Massnahmen gemäss Genfer-Konventionen.

Finanz & Zolldept. Rückvergütung der fiskalischen Belastung alkoholischer Erzeugnisse.

Verwertung der Kernobsternte. Uebernahmepreis für Branntwein.

Volkswirtschaftsdept. Berichterstattung über die Lage der Hotellerie.

Kleine Anfrage Sollberger.

Herabsetzung der Preiszuschläge auf Stroh.

- 5 -

SUVAL. Ersatzwahl in den Verwaltungsrat.  
Verlängerung von Vollmachtenbeschlüssen.

Post & Eisenbahndep. Accord aéronautique avec la Syrie.  
Wasserkraftnutzung an der Sihl.